

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

EBM (Genossenschaft Elektra Birseck), 4142 Münchenstein

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	6
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit.....	9
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Da die Netzbetreiber gemäss Art. 8 StromVG ein sicheres, leistungsfähiges und effizientes Netz gewährleisten und die benötigte Reserveleitungskapazität bereitstellen müssen, sind sie die wichtigsten Akteure bei der Netzplanung. Falls es nach dem Willen der Politik einen gesetzlich verankerten Szenariorahmen geben sollte, müssten bei diesem vorab die **Netz- und Kraftwerksbetreiber** ein **verbindliches Mitspracherecht** haben.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Falls ein Szenariorahmen gesetzlich verankert wird, erscheint es in Ordnung, wenn dieser nach einer fixen Periodizität überprüft wird. Dabei kann diese Periodizität gesetzlich festgeschrieben werden. Viel wichtiger ist, dass die Periodizität in Anbetracht der langen Genehmigungsprozesse, Projekt- und Bauzeiten sowie der beim Leitungsbau verursachten Kosten nicht zu kurz angesetzt wird.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

In Anbetracht der langen Genehmigungsprozesse, Projekt- und Bauzeiten sowie der beim Leitungsbau verursachten Kosten erscheint eine **Periodizität von 10 Jahren** als richtig.

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ein Prinzip mit so weitem Interpretationsspielraum sollte nicht auf Gesetzesstufe verankert werden. Die Netzbetreiber werden aus Effizienzgründen einem Ausbau immer eine Netz- oder Betriebsoptimierung vorziehen. Der Begriff Optimierung sollte hingegen auch die **betriebliche Optimierung** umfassen, damit die oft sehr effizienten Optimierungsmethoden des Demand Side Managements auch angewendet werden können. Weil die betriebliche Optimierung Einfluss auf den Netzanschlussnehmer haben kann (temporäre Einspeise- und /oder Bezugsbeschränkung), braucht es dafür eine gesetzliche Grundlage.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Bestimmung von Ein- und Ausspeisepunkten in allen Spannungsebenen ist Sache des Netzbetreibers. Solange nicht klar ist, was „gesicherte“ Planungsdaten sind, können wir uns nicht festlegen, ob Art. 9c E-StromVG korrekt definiert ist.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, solange die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 selbst bestimmen können. Wichtig erscheint zudem, dass die Koordination an den Grenzen der einzelnen Netzgebiete und Kantone sichergestellt wird, damit die Effizienz gewährleistet werden kann.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine Frist dient der Koordination der Ausbauvorhaben der Netzbetreiber und erhöht damit auch die Planungssicherheit. Ob diese Frist dabei allerdings auf Gesetzesstufe verankert werden muss, darf hinterfragt werden.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, das erscheint sachgerecht. Mit der Prüfung durch die ElCom sollte zudem auch die Anrechenbarkeit der mit der Umsetzung der Mehrjahrespläne verbundenen Netzkosten verbunden sein

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja. Dabei muss die gleichrangige Bedeutung von nationalem Interesse für Anlagen des Übertragungs- und fallweise des Verteilnetzes zwingend im Gesetz verankert werden.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Erfahrungen bei der Realisation von Vorhaben, welche in Sachplänen aufgeführt sind, haben keine Vorteile bei den entsprechenden Plangenehmigungsverfahren aufgezeigt. Die Einsprachemöglichkeiten gegen solche Vorhaben werden durch die Auflistung in den Sachplänen nicht eingeschränkt. Der Nutzen eines Sachplanes ist daher ohne Einschränkungen der Rechtsmittel gegen die aufgelisteten Vorhaben nur minimal. Es sollte daher eine Einschränkung der Rechtsmittel für vom Vorhaben nicht direkt betroffene Personen und Organisationen auf Gesetzesstufe geprüft werden.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aus Sicht des Netzbetreibers ist die Beschleunigungsfähigkeit (Verankerung auf Gesetzesstufe) des Sachplanverfahrens für die Umsetzung von Ausbauvorhaben entscheidender als die Art der Durchführung.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, alles, was der **deutlichen Beschleunigung** dient, ist sinnvoll.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Ja, vorausgesetzt, dass die Anrechenbarkeit der Mehraufwendungen von solchen Massnahmen unbestritten ist und es einvernehmliche Lösungen mit allen betroffenen Netzbetreibern gibt.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?
Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich sollte der betroffene Verteilnetzbetreiber entscheiden können, welche Technologie eingesetzt wird. Verkabelungen erscheinen in ländlichen Gebieten auch bei einem geringeren Mehrkostenfaktor als wirtschaftlich unverhältnismässiger, als dies in einem städtischen Gebiet der Fall wäre. Somit dürfte der Mehrkostenfaktor unter Berücksichtigung aller Umstände zwar eine geeignete, nicht aber eine effiziente Massnahme sein.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?
Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Falls man einen Mehrkostenfaktor einführt, dann ja.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es stellt sich die Frage, ob die Einführung einer Regel mit gleichzeitiger Ausnahmeregelung das beste gesetzgeberische Konstrukt ist.

Wenn Abs. 3 entsprechend eingeführt wird, müssen diese Kosten anrechenbar sein.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Massive Beschränkung der Einsprachemöglichkeiten.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Sämtliche Kosten für gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen müssen anrechenbar sein.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Sämtliche Kosten für gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen müssen anrechenbar sein.

Da dies nach Meinung der Elcom erst nach Erlass der Gesetzesbestimmungen der Fall ist, sind zudem angemessene Übergangsfristen anzuwenden.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Relation von Kosten und Nutzen darf durchaus in Frage gestellt werden.